



Energiepolitischer Forderungskatalog

der Landesfachkommission
Energie und Nachhaltigkeit

*Die Stimme der Sozialen
Marktwirtschaft*

SICHERE UND BEZAHLBARE ENERGIE FÜR DIE ZUKUNFT EINES STARKEN INDUSTRIELANDES IM HERZEN EUROPAS

Nordrhein-Westfalen ist einer der stärksten Industriestandorte Deutschlands. Aufgrund seiner geografischen Lage in der Mitte der Europäischen Union ist es zugleich auch einer der wichtigsten Wirtschaftsräume des Kontinents. Jeder achte Erwerbstätige ist in einem der rund 10.000 Industriebetriebe beschäftigt, die ein Viertel der Bruttowertschöpfung in Nordrhein-Westfalen ausmachen. Nicht nur die multiplen Krisen der letzten Jahre belasten den Standort und die rund 700.000 mittelständischen Unternehmen enorm. Die durch den Ukraine-Krieg verschärfte Energiekrise trifft die energieintensiven Grundstoffindustrien, sei es in der Chemie oder im Stahlbereich, den industriellen Mittelstand sowie den Energiesektor besonders hart. Jede Volkswirtschaft ist abhängig von einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung. Zudem wirken sich eine Vielzahl politisch falsch gesetzter Rahmenbedingungen negativ auf den Standort aus.

Nordrhein-Westfalen ist das Energieland Nr. 1 in Deutschland und das in doppelter Hinsicht. Sowohl die größten Energieerzeuger als auch die größten Energieverbraucher sind hier angesiedelt. Viele Industrieunternehmen haben ihren Beitrag geleistet, dass sich Deutschland unabhängiger von russischen Gaslieferungen machen konnte. Die Folgen daraus belasten die Unternehmen aus Industrie und Mittelstand jedoch schwer und stellen zunehmend ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit in Frage.

Laut aktuellen Umfragen geben 59 Prozent der Unternehmen in Nordrhein-Westfalen an, dass hohe Energie- und Rohstoffpreise der ausschlaggebende Risikofaktor für den Standort und die Wettbewerbsfähigkeit sind. Die Rezession hat sich verfestigt und schwächt die Wirtschaft anhaltend.

Problem: Drängende Energiefragen werden unzureichend adressiert

Die Energiewende in Deutschland kann nur dann langfristig und nachhaltig erfolgreich sein, wenn sie Wirtschaftswachstum und Klimaneutralität ermöglicht. Das heißt: Die Investitionen in den Klimaschutz brauchen für ihre Finanzierbarkeit eine robuste industrielle Basis. Die Transformation wird nur gelingen, wenn die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und des industriellen Mittelstandes erhalten bleibt. Sonst droht Deindustrialisierung, indem das Land Wertschöpfungstiefe und Wertschöpfungsketten verliert. Die Folge: der Wegfall tausender Arbeitsplätze, der Verlust von Wohlstand, gesellschaftliche Spannungen und die Stärkung politisch extremer Ränder.

Aktuell steht Deutschland mit seinem Energiewende-Kurs im internationalen Vergleich allein da. Das energiepolitische Ziel der absoluten Klimaneutralität im Jahr 2045 stellt Unternehmen vor extreme Kosten und gefährdet damit ihre Wirtschaftsbasis. Der gleichzeitige Ausstieg aus der Kernenergie und Kohlekraft, der schleppende Einstieg in flexible, grundlastfähige Gaskraftwerke (die perspektivisch für die Umstellung auf Wasserstoff geeignet sind), der einseitige Fokus auf fluktuierende Energieträger wie Wind- und Solarenergie ohne ausreichende Absicherung mit Speichern, die mangelnde Technologieoffenheit – all das führt zu Verunsicherung bei Unternehmen. Hinzu kommt eine immer weitere Überlastung der Unternehmen mit Bürokratie und sich verschärfenden Verordnungen. Die Schlagzahl, mit der das Bundesministerium für Wirtschaft und Klima (BMWK) derzeit die deutsche Wirtschaft beinahe im Wochentakt überzieht, ist beispiellos. Der Umbau des Energiesystems führt in der aktuellen Transformationsphase zu hohen Netzentgelten und Systemkosten, die von der Industrie und den Verbrauchern getragen werden müssen. Dies macht die Energiewende besonders teuer und ineffizient. Sie schwächt Unternehmen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit und beschränkt die Binnennachfrage.

Lösung: Die Energiewende braucht jetzt eine Agenda, die Wirtschaft, Energie und Klimaschutz konsequent zusammen denkt

Aus Sicht des Wirtschaftsrates Nordrhein-Westfalen muss die Korrektur des Energiewende-Kurs höchste Priorität haben. Nur so können weitere erhebliche Wohlstandsverluste und das Scheitern der Energiewende insgesamt in Deutschland vermieden werden. Es braucht jetzt Wachstumsimpulse für die Industrie. Nur eine wachsende Industrie kann dauerhaft und nachhaltig in Klimaschutztechnologien investieren.

Zur jetzt notwendigen Erneuerung des ordnungspolitischen Rahmens zählen folgende Maßnahmen:

1. Ausrichtung der Deutschen Klimaziele an europäischen und internationalen Vorgaben:

- **Mehr Akzeptanz:** Es geht nicht darum, das Ziel der Klimaneutralität zu hinterfragen. Aber Ziele und Geschwindigkeit der Transformation sollten so gestaltet werden, dass sie nicht zu einer Überforderung der Gesellschaft führen. Wenn die Politik weiter an starren Zielen festhält, wird sie damit industriellen Wohlstand vernichten und die gesellschaftliche Akzeptanz verlieren. Es wird genau das Gegenteil erreicht und keine Nachahmer für eine „Energiewende Made in Germany“ gefunden werden. Bereits heute wirkt Deutschland als Negativbeispiel abschreckend auf andere Länder.
- **Mehr Flexibilität:** Das nationale Ziel der Klimaneutralität 2045 muss wieder an international vereinbarte Ziele mit einem **Zielhorizont 2050** angepasst werden. Gleichzeitig sind Freiräume und Korridore in internationalen Verträgen sowie mögliche Kompensationsmaßnahmen zu prüfen, die mehr Flexibilität bei der Erreichung der Ziele ermöglichen.

- **Mehr Zusammenarbeit:** Die Politik muss dazu zurückkehren, bei der **Zielsetzung der Energiewende und der Klimatransformation wieder in Zielkorridoren** zu denken. Das gilt sowohl für die Festlegung einzelner Ziele als auch für deren Erfüllungsoptionen. Das Schaffen eines in Zielkorridoren „atmenden Systems“ würde dem Umstand Rechnung tragen, dass Klimawandel und Klimaschutz globale Herausforderungen mit komplexen Lösungsansätzen sind. Insofern sind hier nationale Alleingänge nicht zielführend. Es braucht vielmehr globale Allianzen, die auf Basis eines technologieoffenen Ansatzes innovative Klimaschutztechnologien entwickeln und einsetzen.

2. Weitblick in der Umsetzung: Die beobachteten Lernkostenkurven bei Photovoltaik und Batterien zeigen heute eindrucksvoll, dass es nicht immer von Vorteil ist, der Erste beim Einsatz neuester Technologien zu sein und wir **Gestaltungsspielräume bei der Wahl der Technologien** benötigen:

- **Mehr Offenheit:** Die Politik sollte eine wirtschaftlich vertretbare Klimaneutralität vor ideologisch-geprägten Technologiepfaden priorisieren, dazu braucht es eine grundsätzliche **Offenheit für den Einsatz aller klimafreundlichen Technologien**, wie KWK, CCS, Kernenergie sowie klimafreundliche Gase und keine reine Fokussierung auf Einzeltechnologieförderung. Wir müssen aus den Fehlern des sog. „Heizungsgesetzes“, das einseitig auf die Wärmepumpe setzt, lernen.
- **Fokus auf Systemkosten:** Dabei müssen Systemkosten bei Technologie und Technologieförderungen in den Blick genommen werden, bspw. im Hinblick auf Netzausbau bei Photovoltaik-Erzeugung. Diese sind auch bei der Weiterentwicklung eines funktionierenden Energiemarktes zu berücksichtigen, konkret müssen die Erfahrungen zu Kapazitätsmärkten aus europäischen Nachbarländern in die Gesetzgebungen einfließen, um auch hier deutsche Alleingänge zu vermeiden.
- **Mehr Emissionseffizient:** Konkret muss dazu auch das viel kritisierte Heizungsgesetz abgeschafft und durch ein Neues mit echter Technologieoffenheit ersetzt werden. Bei Gebäuden muss die politische Betrachtung unmittelbar weg von der Energieeffizienz gelenkt und hin auf eine Emissionseffizienz fokussiert werden.
- **Weniger Einseitigkeit:** Die „Farbenlehre“ im Wasserstoff darf nicht den Blick dafür verstellen, dass es beim industriellen Einsatz von Wasserstoff um die Erreichung der Klimaneutralität geht und um nichts anderes. Jede Form des Wasserstoffs, die klimafreundlich ist, bringt uns dem Ziel der Klimaneutralität näher, auch der „blaue“ oder „rote“ Wasserstoff.

3. Verlässlichkeit bei der Rahmensetzung: Um innovativen Technologieentwicklungen sowie Geschäftsmodellen auf dem Weg zur Klimaneutralität ausreichend Raum zu geben, benötigt es insbesondere einen **verlässlichen Rahmen, der es ermöglicht, langfristige Investitionen von Unternehmen, Investoren und Bürgern in Infrastrukturen zu erlauben:**

- **Stärkerer Emissionshandel:** Dabei helfen in Bundestagswahlperioden angepasste Technologieziele nicht weiter, sondern ein konsequenter Fokus auf CO₂-Einsparziele und damit CO₂-Preissetzungen ist notwendig, die langfristig für Industrieunternehmen kalkulierbar sind. Der Emissionshandel muss als Leitinstrument europäisch gestärkt werden. Dieser darf dabei weder zu Überforderung noch Abwanderungen führen.
- **Geringerer Industriestrompreis:** Hierbei gilt es, den durch die Energiewende verursachten zusätzlichen Kostendruck bei Gewerbe und Industrie wirksam abzufedern, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und somit weitere Verlagerungen von Arbeitsplätzen vorzubeugen. Diverse Vorschläge zur Senkung des Industriestrompreises, wie die Senkung staatlicher Abgaben, sollten zeitnah umgesetzt werden. Ein weiterer wichtiger Schritt dazu ist, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien mit dem Ausbau der Verteilnetze im Gleichschritt erfolgt, um Netzkosten zu reduzieren.
- **Mehr Pragmatismus in der Bürokratie:** Daneben bedarf es einer effizienten Rahmensetzung, die nicht durch Bürokratie jegliche Handlungsspielräume von Unternehmen nimmt. Die heutige Form des Lieferkettensorgfalts-, Heizungs- sowie Energieeffizienzgesetzes verursacht höheren Aufwand als Nutzen, diese sollten daher kurzfristig ausgesetzt werden. Eine zukünftige, deutlich pragmatischere und vereinfachte Wiedereinführung auch unter dem Gesichtspunkt der Planbarkeit könnte ausgewählte, wesentliche Punkte neu regeln, ohne die Wirtschaft übermäßig zu belasten.
- **Keine Denkverbote:** Entsprechend sollten keine Einzelverbote zur Steuerung und Umsetzung der Energiewende eingesetzt werden, sondern klimafreundliche Technologien müssen durch ihren Nutzen und langfristigen Kostenvorteil im Markt überzeugen, um flächendeckend erfolgreich zu sein. Es bedarf der schnellen Etablierung von Pioniermärkten für Innovationen und Klimaschutztechnologien.
- **Erst Einstieg, dann Ausstieg:** Die Energiewende entscheidet sich auch durch leistungsfähige Infrastrukturen. Ausstiegsdebatten schaffen hier keinen verlässlichen Rahmen für die Wirtschaft. Mit Blick auf Kosten und Versorgungssicherheit ist es notwendig, dass kein Rückbau ohne vorherige verfügbare lokale Alternative erfolgt.

Fazit: Klimaschutz muss kosteneffizient und marktwirtschaftlich wirksam erreicht werden

Im Kern geht es darum, unsere Verpflichtung für den Erhalt einer lebenswerten Umwelt mit dem Erhalt und der Wettbewerbsfähigkeit des Industrie- und Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen auch im Sinne nachfolgender Generationen in Einklang zu bringen. Als zentrale Wirtschaftsregion im Herzen Europas dürfen wir nicht das gefährden, was uns erfolgreich macht. Das verantwortungsvoll und langfristig erfolgreich umzusetzen ist Aufgabe der Politik im gemeinsamen Dialog mit der Wirtschaft.

Düsseldorf, im Januar 2025

Landesfachkommission Energie und Nachhaltigkeit